

2011-06-14

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die
Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
am 09.06.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:45 Uhr
Sitzungsort: Festsaal „Neu-Sanssouci,,,
Alte Mildenseer Straße 17,
06844 Dessau-Roßlau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Trocha, Harald
Gebhardt, Roland

Entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD

Laue, Harald
Dreibrodt, Hans-Peter

Entschuldigt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN

Giese-Rehm, Stefan

Vertreter für Herrn Prof. Dr. Schmidt

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen, Dr.

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie – mit 7 stimmberechtigten Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, aufgrund der anwesenden Gäste, der **Antrag** gestellt, den Tagesordnungspunkt 7.5 „Beibehaltung der Radwegführung und Radwegbenutzungspflicht auf den baulich beidseitig vorhandenen Radwegen in der Albrechtstraße“ zu Beginn der öffentlichen Informationsvorlagen zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 2

Dem Antrag wurde zugestimmt.

Weitere Anmerkungen oder Änderungsvorschläge wurden zur ausgereichten Tagesordnung nicht vorgebracht, so dass sie durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde geändert einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 05.05.2011

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 05.05.2011 wurden keine Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** stellte die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 2

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 05.05.2011 wurde ungeändert bestätigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die folgenden Beschlussfassungen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 05.05.2011:

*Vergabe von Planungsleistungen
Rathaus - Altbau / 1. Teilabschnitt - Sanierung Dach und Ratssaal
Vorlage: DR/BV/145/2011/VI-65*

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

*Vergabe von Planungsleistungen
Freiraumgestaltung Achse Bahnhof-Stadtpark
Vorlage: DR/BV/135/2011/VI-65_*

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

*Vergabe von Planungsleistungen
Sanierung Grundschule Friederikenstraße in Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/146/2011/VI-65*

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Beibehaltung der Radwegführung und Radwegbenutzungspflicht auf den baulich beidseitig vorhandenen Radwegen der Albrechtstraße Vorlage: DR/IV/034/2011/VI-66

Frau Kremer erläuterte mit der Verbesserung der Situation der Radwege in Dessau, vertretend für die anwesenden Bürger, deren Anliegen. In diesem Sinne wurden Vorschläge zur Verbesserung gesammelt, die sie beispielhaft benannte. Mit der Stadt und dem Stadtrat sei in dieser Sache die Fortführung des Dialogs gewünscht.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, erklärte, dass man sich dieses Themas in der nächsten regulären Sitzung des Gremiums widmen werde.

Zur Informationsvorlage erläuterte eingangs **Frau Lindner, Leiterin des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung,** die Beauftragung zur Prüfung gemäß Beschlussfassung durch den Stadtrat sowie die im Verlauf der Bearbeitung aufgetretenen Diskrepanzen in den rechtlichen Grundlagen. Den Prüfauftrag habe man nochmals intensiv bearbeitet.

Entscheidungen zur Markierung und Beschilderung von Straßen obliegen aufgrund des übertragenen Wirkungskreises dem Oberbürgermeister. Die Albrechtstraße sei im Einzelfall zu betrachten, da eine Sanierung im Bestand erfolge. Mit Hinweis auf einen Fehler in der Vorlage, die Belegungszahl der Straße betreffend, benannte sie als Gründe der Entscheidung die überregionale Bedeutung, die Umleitungsführung für die Autobahn und den Status als Haupterschließungsstraße. Mit dem Tiefbauamt und der Polizei stimme man in der Entscheidung überein.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts, ergänzte mit der Erläuterung der Baumaßnahme im Rahmen des Konjunkturprogramms II zum Lärmschutz. Den Richtlinien des Programms war zu entsprechen, die Diskussion zu der Integration der Radwege habe man bereits im Ausschuss zur Beschlussfassung der Maßnahme geführt. Zum Ende Juni werde man die Baumaßnahmen abschließen. Zum Zustand der vorhandenen Radwege führte er aus, dass die Gefahrenstellen auf dem stadteinwärtigen Radfahrstreifen beseitigt wurden und man für den stadtauswärtigen Radfahrstreifen die Planungen bearbeite und Fördermittel akquiriere, um eine Kompletterneuerung durchzuführen.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, äußerte den Eindruck, dass eine Einbeziehung der Radwege in die Baumaßnahmen zu wenig geprüft wurde. Mit Maßnahmen der Verkehrslenkung des Schwerlastverkehrs hätte man die Radstreifen im Straßenbereich einbeziehen können und so die Mittel effizienter einsetzen können. Den Zustand der vorhandenen Radwege bezeichnete er als unzumutbar und deshalb nicht mehr als benutzungspflichtig ausweisbar. Da an anderen Stellen diese Lösung beispielhaft umgesetzt wurde, sei die vorgelegte Variante nicht zu akzeptieren.

Die Komplexität des Themas Radwegesystem bedürfe eine konzeptionelle Betrachtung, so **Herr Schönemann**, in deren Verlauf man Lösungen für Teilabschnitte schaffen müsse. Da der Leistungsfähigkeit der Stadt Grenzen gesetzt seien, sei sein Anliegen, sich dem Problem der Radwege im Stadtgebiet konzeptionell zu nähern. Ziel müsse sein, Prioritäten herauszuarbeiten und im Anschluss für politische Mehrheiten zur Umsetzung der Maßnahmen zu werben. Hierzu sei ein realistischer Zeitplan aufzustellen.

Auf die Frage **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, warum man hier nicht eine ähnliche Lösung wie an der Kavaliertstraße im Bereich zwischen Museumskreuzung und der Post anstrebe, antwortete **Frau Lindner**, dass man in der Kavaliertstraße die Möglichkeit der separaten Radwege gewählt habe, da die Integration in die Fußwegbereich aufgrund der vorhanden Breite nicht möglich gewesen sei. Sie verwies auf die AG Fahrradfreundliche Stadt, sich diesem Thema stärker zu widmen.

Eine weitere Frage stellte **Herr Trocha** zur Prüfung des Wegfalls des westlichen Parkstreifens auf der Albrechtstraße zu Gunsten eines beidseitig zu befahrenden Radstreifens. Das sei derzeit nicht die sicherste Lösung, so **Frau Lindner**. Wenn die Belegung der Straße im Rahmen der Fertigstellung des Umgehungsstraßennetzes reduziert werde, seien alternative Möglichkeiten erneut zu prüfen.

Nach dem Einwurf von **Herrn Giese-Rehm** verkehrsleitende Maßnahmen zur Reduzierung der Belegung vorzunehmen, erklärte **Herr Schönemann**, dass, da entsprechende Lösungen durch die Verwaltung geprüft worden, hierzu Alternativvorschläge einzureichen seien.

Herr Giese-Rehm gab zu Protokoll, dass er die Informationsvorlage nicht ausreichend zur Abschluss der Prüfung einschätze. Daraus folge, dass der Prüfauftrag nicht abgearbeitet sei. Der in der Vorlage benannte Unfallbericht sei nachzuliefern.

Durch **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, wurde erklärt, dass er die Auffassung der Stadt teile und die Begründung als äußerst stichhaltig werte. Hier sei keine Beschlusslage zu erzeugen, da im übertragenen Wirkungskreis die Entscheidung der Verwaltung obliege. Das Grundsatzthema konzeptionell zu betrachten, begrüße er. Demgegenüber seien jedoch keine Erwartungshaltungen zu erzeugen, die man nicht erfüllen könne.

Abschließend bezeichnete **Herr Giese-Rehm** es als unverständlich, dass in Hamburg möglich sein soll, was in Dessau nicht gehe.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde **zur Kenntnis genommen**.

6. Zusammenarbeit der Kreishandwerkerschaft und des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, begrüßte mit den Herren Krökel, Bebbler und Körting die Vertreter der Kreishandwerkerschaft und verwies auf deren Positionspapier, das an das Gremium ausgereicht wurde. Als Ziel der heutigen Beratung zum Thema wurde beschrieben, die Anregungen aufzunehmen, um künftig frühzeitig in einen Informationsaustausch einzutreten.

Herr Krökel, Kreishandwerksmeister, dankte eingangs für die Möglichkeit, dem Gremium das Anliegen vorstellen zu können. Er verwies auf die öffentliche Vergabe mit ihren Auswirkungen auf Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steueraufkommen. Anliegen sei es, eine bestmögliche Berücksichtigung der örtlichen Unternehmen bei Vergaben der Stadt zu erreichen, ohne die geltenden Richtlinien zu verletzen. Hier seien die vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten zu wenig genutzt.

Man werde sich in der kommenden Woche mit dem Ministerpräsidenten und der Wirtschaftsministerin des Landes zu diesem Thema verständigen.

Als zielführend beschrieb er die Bildung eines Arbeitsgremiums zur gemeinsamen Abstimmung der Verwaltung und der Unternehmen. Hierzu sei ein Runder Tisch „Regionale Vergabe“ zu bilden und eine Vergabekonferenz vorzubereiten.

Zusammenfassend beschrieb er die derzeitige Zusammenarbeit als suboptimal.

In dem gemeinsamen Bemühen sei, um die Befähigung der Unternehmen zu steigern, auch die IHK einzubinden, so **Herr Schönemann**.

Die gemeinsame Verständigung positiv wertend, verwies **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, auf Beispiele von Vergaben ohne Beteiligung Dessauer Unternehmen. Auch sei die Kooperation von Unternehmen bei Bauvorhaben mit größerem Umfang der Lose anzustreben. Die Gestaltungsmöglichkeiten seien auf beiden Seiten zu nutzen.

Positiv wertete **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, dass dieses Thema auf die Tagesordnung genommen wurde. Dies sei ein altbekanntes und wiederkehrendes Thema. Nachdem das Positionspapier vorrangig Forderungen an die Stadt beinhalte, müsse man beidseitige Bemühungen besprechen. Demnach sei auch die Frage, was das Handwerk tun könne, um die Situation zu verbessern.

Durch **Herrn Bebbler, Obermeister der Kfz-Innung**, wurde die Handhabung des Vergabesystems als nicht positiv beschrieben. Man verfüge mittlerweile über 20 Jahre Erfahrung und die seien in diesem Zusammenhang zum Teil als sehr negativ zu bezeichnen. Die Unternehmen seien keine Verwaltungsfachleute, die Vergabeunterlagen seien vielfach zu kompliziert gestaltet. Die Verwaltung müsse sich mehr als Dienstleister der Bürger und Gewerbetreibenden verstehen. Durch Schulungen mit beiden Seiten sei das Miteinander zu stärken.

Wichtig sei, so **Herr Schönemann**, Ausschreibungen und Fehler auszuwerten.

Dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen die Arbeit nicht einfacher machen, erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Anzustreben sei eine Verständigung der Stadt mit den Ministerien, die Spielräume von Vergaben zu prüfen und zu diskutieren sowie die bisherigen Vergaben auszuwerten. Sollte dies nicht möglich sein, muss eine Verständigung zwischen

Stadt und der Kreishandwerkerschaft erfolgen. Auch sei bei auswärtigen Planern auf die Verwendung von regionalen Produkten Wert zu legen.

Verbesserungen der Zusammenarbeit seien immer möglich so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, vor allem im Hinblick auf die künftig geringer werdenden Investitionen der Stadt. Hier sei ein gemeinsames Bemühen nötig.

Nach den Vorwürfen des früheren Wirtschaftsministers zur Vergabepaxis der Stadt habe man sich sofort um einen Gesprächstermin bemüht. Leider sei dieser, aufgrund von Terminverschiebungen seitens des Wirtschaftsministeriums, bislang nicht zustande gekommen, so dass die Vorwürfe hinsichtlich ungenutzter Spielräume nicht ausgeräumt werden konnten. Umfangreiche Auswertungen der vergangenen Vergaben liegen der Stadt vor, eine gemeinsame Auswertung seitens der Stadt sei ausdrücklich gewünscht.

Mit Verweis auf die Submissionsstelle, Frau Pucknat sei anwesend, informierte er zur derzeitigen Überarbeitung der Verwaltungsanordnung zur Vergabe durch die Stadt. Man sei offen für den Prozess der Verständigung, die Handwerkskammer und IHK seien einzubeziehen. Nun sei eine gemeinsame Beratung vorzubereiten, um sich sukzessive dem Thema anzunähern.

Aufgrund der sich künftig weiter zuspitzenden Rahmenbedingungen, sei der Prozess der letzten Jahre, wo jeder seine Meinung kundtat und sich nichts änderte, aufzubrechen, erklärte **Herr Krökel**.

Man werde einen Vorschlag zur Vorbereitung der Gespräche erarbeiten, so **Herr Schönemann**.

Auf den Vorschlag von **Herrn Giese-Rehm**, das notwendige Know-how in den Reihen der Handwerkerschaft zu etablieren, verwies **Herr Bebber** auf die ehrenamtliche Tätigkeit. Die Schaffung einer separaten Stelle sei nicht zu leisten.

Herr Otto werte das Angebot von Herrn Hantusch als annehmbar, welches es zu nutzen gilt.

Mit der Auftragsberatungsstelle Sachsen-Anhalt in Magdeburg verwies **Frau Pucknat, Rechtsamt**, auf eine zusätzliche beratende Stelle. Auch sei eine Einflussnahme der Kreishandwerkerschaft auf den laufenden Prozess der Regelung der Vergaberichtlinien, Vergabegesetze und Erlasslagen nötig.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, erläuterte kurz die Ergebnisse der Vergaben der Bauleistungen im Rahmen des Konjunkturprogramm II. Mögliche Korrekturen im Rahmen des Gestaltungsspielraums habe man ausgenutzt.

Abschließend wurde durch die Vertreter der Kreishandwerkerschaft erklärt, dass man das Angebot zur gemeinsamen Gesprächsführung gern annehmen werde.

7. Informationen zur Thematik Grundwasser

Durch **Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, wurde eingangs zu den Ergebnissen der Beratung im Umweltministerium am 06.06.2011 informiert. Eingefordert wurde die Kommunalkompetenz zur Ursachen- und Schadensermittlung, der Benennung von Maßnahmen und deren Kosten sowie die Formulierung von Forderungen gegenüber dem Land. Die nächste Beratung am 20.06.11 werde sich der Darstellung der Betroffenheiten widmen. Bis zur Arbeitsgruppensitzung im August seien die Maßnahmevorschläge durch die Kommunen zu erarbeiten. Bis Ende des Jahres sei mit einer Entscheidung des Landes zu rechnen.

Herr Riemann, Büro Fugro-HGN, erläuterte die vorläufigen Ergebnisse zur Konfliktanalyse bezüglich erhöhter Grundwasserstände im Stadtgebiet. Dabei informierte er zu den Analyseer-

gebnissen der Ganglinien des Grundwasserstandes, nahm Bezug auf das Geländemodell der Stadt und klassifizierte die Grundwasserflurabstände im Stadtgebiet, wobei er die stark betroffenen Bereiche Großkühnau, Mosigkau und Törten detailliert hinsichtlich der betroffenen Grundstücke darstellte. Neben den Schwerpunktbereichen gab er in seiner Zusammenfassung einen Ausblick zu Lösungsansätzen.

Für die weitergehende Arbeit zur Maßnahmebenennung und der Akquisition entsprechender Förderungen verfüge man nun, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, über eine wichtige Datenbasis.

Dass man sich erst am Anfang der Arbeit befinde, erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Man habe eine gute Analyse durchgeführt und erste Handlungsansätze entwickelt. Das Land und die Bürgerschaft fordere aber konkrete Aussagen, was künftig zu unternehmen sei, wie hoch die Kosten seien und wie die Finanzierung erfolgen solle. Dies sei in sehr kurzer Zeit zu erarbeiten, so dass sich die Frage stelle, ob das durch die Verwaltung zu leisten sei. Man bearbeite hier ein spezielles Wasserproblem, man müsse diskutieren, ob man dieses Thema in die Federführung der Experten der DVV unter Einbindung der Stadt überführen sollte.

Da Nordrhein-Westfalen an bestimmten Stellen wie beispielsweise im Emschergebiet mit ähnlichen Problemen der Vernässung zu kämpfen habe und man dort in der Lösungsfindung weiter voran geschritten sei, werde man einen Austausch der Erfahrungen in Bezug auf zu ergreifende Maßnahmen und deren Finanzierung vornehmen.

Als weiteren Aspekt zur Prüfung der Finanzierung der Maßnahmen benannte **Herr Schönemann** eine Abgabeorientierung. Eine Lösung ohne die Beteiligung der Bürger wird nicht möglich sein. Das Unternehmen DVV stärker einzubeziehen, bezeichnete er als pragmatisch.

Auf die Frage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zum Vergleich der höchsten mit den historischen Grundwasserständen antwortete **Herr Riemann**, dass aufgrund der früheren Grundwasserentnahmen ein Vergleich nicht möglich sei.

In der letzten Dekade habe man einen deutlichen Anstieg registrieren können, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Aufgrund der Klimaveränderung werde man neben den erhöhten Niederschlagsmengen auch Zeiten extremer Trockenheit zu verzeichnen haben. Auch hierzu seien Überlegungen anzustellen. Nochmals hinterfragte er die Zustimmung, das Thema in die Hände der DVV zu legen.

Dazu sei die DVV zu hören, so **Herr Otto**. **Herr Ritter, DVV Stadtwerke**, verwies auf die derzeitige Personalsituation im Unternehmen.

Herr Schönemann erklärte, dass er den Antrag nach qualifizierter Vorbereitung unterstützen würde.

Wichtig sei, so **Herr Otto**, die Aussagen, die das Land angefordert habe, zeitnah zu erarbeiten. Die vorliegenden Unterlagen seien zu qualifizieren, der perspektivische Trend sei aufzuzeigen und dann Maßnahmen und deren Kosten zu erarbeiten. Hierzu sollte nach der Sommerpause unter Hinzuziehung weiterer Fachleute – Bodengutachter, die sich mit der Situation in Dessau-Roßlau beschäftigen und entsprechendes Wissen vorweisen - eine Sondersitzung des Gremiums stattfinden.

Man werde den aktuellen Stand in der Erarbeitung einer qualifizierten Vorschlagsliste nach der Sommerpause einbringen, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

8. Öffentliche Informationsvorlagen (Fortsetzung)

- 8.1. Beschluss zur Bewilligung von Fördermitteln an den Verein zur Förderung und Erhaltung des Neuen Wasserturms e. V. für das IBA-Projekt "Notsicherung Neuer Wasserturm" aus dem Programm Stadtumbau-Ost - Programmjahr 2010
Vorlage: DR/BV/171/2011/VI-60**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

- 8.2. Entwurf zur 1. Ergänzung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Roßlau (Elbe) um die Ortschaft Mühlstedt - Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
Vorlage: DR/IV/003/2011/VI-61**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

- 8.3. Beschluss zur Bewilligung der Mittel für die Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit Stadtentwicklung 2011
Vorlage: DR/BV/186/2011/VI-61**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

- 8.4. Großflächige bituminöse Fahrbahndeckensanierungen in der Stadt Dessau-Roßlau im Rahmen des Erlasses zum "Schlaglochprogramm" des MLV vom 03.03.2011
Vorlage: DR/BV/160/2011/VI-66**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

9. Öffentliche Beschlussfassungen

- 9.1. Widmung öffentlicher Verkehrsflächen
Teilabschnitt Donaustraße
Vorlage: DR/BV/158/2011/VI-66**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

**9.2. Widmung öffentlicher Verkehrsflächen
Mohseichenweg, Nordmannring
Vorlage: DR/BV/162/2011/VI-66**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

**9.3. Beschluss über die Einleitung der Änderung des Bebauungsplans Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A)" für den Teilbereich A1 mit dem Titel: Änderungsplan Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A1) an der Polysiusstraße"
Vorlage: DR/BV/163/2011/VI-61**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

**9.4. Beschluss über die Absicht, von einer Festsetzung des Bebauungsplanes Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A)" zur zulässigen Höhe baulicher Anlagen zu befreien.
Vorlage: DR/BV/164/2011/VI-61**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnis:

5 : 2 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

**9.5. Maßnahmebeschluss Sanierung des UNESCO-Welterbes Schloss Georgium (1. und 2. Bauabschnitt) und Einrichtung der neuen Dauerausstellung
Vorlage: DR/BV/074/2011/I-41**

Nach Anfrage von **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zur Schließung des Museums sechs Monate vor der eigentlichen Bauzeit, verwies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf die Beantwortung durch das einreichende – heute nicht anwesende – Amt für Kultur.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, erläuterte, dass man zwei Bauabschnitte zusammengeführt habe, um sowohl die Kosten als auch die Zeit der Schließung des Museums zu optimieren. Der zeitliche Vorlauf der Schließung wurde durch das Museum für die Umsetzung des Kunstguts festgelegt.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

4 : 1 : 2

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

10. Öffentliche Anfragen und Informationen

10.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

10.1.1. Städtebauliche Reparatur des Meisterhausensembles

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, informierte zu den Ergebnissen der Untersuchungen zur Wahl des Baustoffs Dämmbeton für den Rohbau der Meisterhäuser. Folglich seien Korrekturen notwendig, die weitergehenden Einfluss auf die bauphysikalischen Eigenschaften, die Statik und die notwendige Behandlung der Oberflächen haben werden.

Ende Juni 2011 werde man die Baustelle einrichten, Anfang Juli mit dem Rückbau des Hauses Emmer beginnen. Die Rohbauarbeiten sind ab August geplant.

Über die Einwerbung von Sponsoring-Gelder sei mittlerweile ein Betrag von ca. 150 T€ erzielt worden.

Zur ausgereichten Tischvorlage „Information über die Veröffentlichung des ICOMOS-Report Heritage at Risk“ informierte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass seitens der Stadt in den Jahren 2009 und 2011 Berichte zum Fortgang der Vorbereitung des Bauvorhabens an die UNESCO, Paris ausgereicht worden. Vor diesem Hintergrund sei die Veröffentlichung nicht nachvollziehbar. Die Monitoren der ICOMOS hätten eine positive Zusammenarbeit beschieden. Das weitere Verfahren müsse man abwarten.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

10.2. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Durch **Herrn Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, wurde auf den Ortstermin am 14.06.2011 zur Diskussion des Vorhabens des Saarländischen Schwesternverbandes am Schillerplatz hingewiesen. Per Mail wurden die Fraktionen bereits informiert.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:30 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

13. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 19:45 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 14.06.11

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage:

. Anwesenheitsliste